

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

das Recht auf Versammlung, das im Grundgesetz fest verankert ist, ist eines der elementarsten Rechte eines jeden deutschen Bürgers. Nachdem bereits im Juli dieses Jahres das Versammlungsgesetz in Bayern verändert wurde, soll dies nun auch in Baden- Württemberg geschehen. Die Änderungen bedeuten massive Einschränkungen sowohl für Versammlungen in geschlossenen Räumen als auch unter freiem Himmel. Das in Artikel acht Grundgesetz garantierte Recht wird praktisch ausgehöhlt.

Für uns Migrantinnen und Migranten bedeuten diese Veränderungen nur, dass es für uns immer schwieriger und mit mehr Aufwand verbunden sein wird, wenn wir das Recht auf Versammlung wahrnehmen möchten. Bereits jetzt ist es für Migranten sehr schwer sich eine Bestätigung für Demonstrationen o. Ä. einzuholen. Und das obwohl in Deutschland mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben. Mit einem Anteil von 14,2% stellen Menschen aus der Türkei die größte Gruppe der Migranten dar, Menschen aus Russland sind mit 9,4% vertreten und Polen mit 6,9%. Das sind die drei größten Gruppen in Deutschland. Wenn sich jedoch Migranten politisch engagieren, haben sie eher und öfter mit Repressionen und schweren Sanktionen als Deutsche zu rechnen.

Ich z. B. bin seit mehreren Jahren politisch engagiert. Jedoch ist dieses Engagement für die Menschen mit Migrationshintergrund mit Komplikationen und schweren Konsequenzen verbunden. Vor ca. drei Jahren hat eine enge Freundin und Mitstreiterin die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt. Die Beamtin im Ausländeramt erklärte ihr, dass sie die Einbürgerungsurkunde innerhalb von zwei Monaten erhalten würde. Gründe hierfür wären, dass sie die deutsche Sprache sehr gut beherrschen würde und dass auch ihre schulischen Leistungen sehr gut seien. Nach sechs Monaten bekam sie immer noch keinen Bescheid von der Ausländerbehörde, so dass sie selber hinging. Die Beamtin am Schreibtisch sagte, dass sie eben dabei gewesen wäre, ihr eine Einladung zu schreiben. Sie sollte sich dazu setzen. Daraufhin wurde ihr der Grund der Verspätung mitgeteilt. Der Verfassungsschutz hätte festgestellt, dass sie Mitglied in einer türkischen kommunistischen Partei, deren Namen sie dort zum ersten Mal hörte, sei. Ihr wurden in dem Schreiben aber keine Beweise oder Gründe genannt, wie der Verfassungsschutz auf solch eine Behauptung kam, sondern nur die Tätigkeiten dieser Partei in Deutschland geschildert. Dies würde bedeuten, dass meine Freundin gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung der BRD verstöße und der Eid, den sie unterschrieben hatte, ein leeres Lippenbekenntnis sei. Deshalb sei die Beamtin gezwungen, ihr einige Fragen zu stellen. Diese Fragen waren jedoch nichts anderes als ein Auszug aus dem Einbürgerungstest, der zu der Zeit sehr stark diskutiert wurde und nur für Migranten mit muslimischem Glauben gedacht war. Eine der Fragen lautete z. B., ob die Piloten des 11. September Freiheitskämpfer oder Terroristen seien. Eine weitere Frage war, wie sie reagieren würde, wenn sie- als Frau- in die

Notaufnahme käme und von einem Arzt, statt einer Ärztin, behandelt werden müsste. Als sie daraufhin angab, Atheistin zu sein, musste sie sich mit der Frage auseinandersetzen, wie der Verfassungsschutz darauf käme, dass sie Mitglied einer kommunistischen Partei sei. Sie gab zu, in einer demokratischen Migrantenorganisation aktiv zu sein, und sich an Demos gegen Studiengebühren und ähnlichem beteiligt zu haben. Die Beamtin fragte sie weiter, wer denn die Demos organisiert haben soll. Sie antwortete, dass die Demo gegen Studiengebühren z. B. von verschiedenen Studenten, die demokratisch gesinnt und sich aktiv gegen Studiengebühren wehren wollten, organisiert worden sei. Sie habe sich wie ihre deutschen Freunde auch, nur für ihre Rechte eingesetzt. Sie verstehe aber nicht, warum dies bei ihr plötzlich etwas so schlimmes sei. Nach drei Stunden Hinterfragung war die Beamtin am Schreibtisch zufrieden und ließ meine Freundin einige Unterlagen unterschreiben. Einer dieser Schreiben beinhaltete, dass, wenn sie in der Art politisch aktiv werden sollte, dass der Verfassungsschutz auf sie aufmerksam werden würde, so könne man ihr die deutsche Staatsangehörigkeit wieder entziehen, auch wenn sie dadurch staatenlos wird. Dies verstößt eigentlich gegen das Grundgesetz. Wo bleibt hier die freiheitlich demokratische Grundordnung Deutschlands, wenn eine Person gezwungen ist, einen Satz zu unterschreiben, der sie dann ein Leben lang verfolgt und sie in ihrer politischen Arbeit einschränkt? Wo ist der Rechtsstaat, der laut Grundgesetz verhindern muss, wenn einem Bürger nur aufgrund einer Annahme die Staatenlosigkeit droht?

Das, was meine Freundin erlebt hat, ist nur ein Beispiel von vielen Arten der Repression, denen Migranten, die politisch aktiv sind, ausgesetzt sind.

Durch das Versammlungsgesetz, das verschärft werden soll, werden wir Migranten noch mehr Schwierigkeiten haben, überhaupt eine Bestätigung zu Demonstrationen zu erhalten. Der Demonstrationsleiter kann für alles verantwortlich gemacht werden, was auf Veranstaltungen passiert. Er muss bereits vorher wissen, ob eine Demonstration friedlich abläuft oder auch nicht. Die meisten von uns werden sich an die Demonstration vor ungefähr einem Monat hier in Stuttgart erinnern können, die von kurdischen Migranten und Migrantinnen durchgeführt wurde. Wer von ihnen hätte bereits im Voraus erahnen können, dass Neonazis auftauchen und die Jugendlichen auf der Demonstration provozieren würden? Wer von uns hätte bereits im Voraus erahnen können, dass es anschließend zu einer Ausschreitung kommen würde, für die dann die Demonstranten verantwortlich gemacht würden?

Auch die Veränderung im Versammlungsgesetz, dass nun die Personalien aller Ordner und Ordnerinnen angegeben werden müssen, kann dazu führen, dass wir keine Erlaubnis für unsere Veranstaltungen erhalten. Viele Migranten stehen bereits unter Beobachtung, da sie in ihren Herkunftsländern politisch aktiv waren und hier als politische Flüchtlinge Zuflucht gefunden haben. Polizeibehörden, denen wir nun ihre Namen nennen, werden diese Menschen als Ordner nicht anerkennen. Und die Durchführung unserer Demonstrationen wird in Zukunft unmöglich sein.

Laut der Veränderungen im Versammlungsgesetz sollen polizeiliche Vorkontrollen legalisiert werden. Bei uns Migranten ist dies bereits Alltag. Viele unserer Leute werden vor Demos und Veranstaltungen durchsucht, ihre Unterlagen wie z. B. Flugblätter beschlagnahmt oder sie selbst werden grundlos festgehalten und erst nach der Veranstaltung freigelassen. Dies war dieses Jahr am ersten Mai der Fall. Die Flugblätter der Migrantenorganisation ATIF (die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland) wurden vor Beginn der Demonstration beschlagnahmt und unzählige Jugendliche mit Migrationshintergrund wurden festgenommen, so dass sie an der Demonstration nicht teilnehmen konnten.

Die Verlängerung der Anzeigefrist von 48 auf 72 Stunden macht es unmöglich, dass wir zukünftig auf Ereignisse in unseren Herkunftsländern und der Welt aufmerksam machen können.

Die Veränderungen bei geschlossenen Veranstaltungen sind ebenfalls dramatisch. Wie oben bereits erwähnt, sind viele unserer Leute, die politisch aktiv sind, in ihren Herkunftsländern verfolgt gewesen. Sie kamen nach Deutschland, um hier unter demokratischen Bedingungen leben zu können. Wenn die Polizei nun das Recht erhalten soll, in Räumlichkeiten die Veranstaltungsteilnehmer zu filmen, oder ihre Personalien aufzunehmen, so werden Migranten an die reaktionären Verhältnisse ihrer Herkunftsländer erinnert. Während der faschistischen Diktatur gab es in der Türkei ähnliche Strukturen, auch hier galten zwei Personen bereits als eine Versammlung. Das neue Versammlungsgesetz, das verabschiedet werden soll, ist Ausdruck der faschisierenden Tendenz in Deutschland. Flüchtlinge, die hier Zuflucht fanden, sind nun denselben reaktionären Verhältnissen wie zu Hause ausgesetzt.

Momentan vergeht in Deutschland keine Woche, in der nicht eine Razzia gegen Migranten und deren zugehörigen Organisationen und Vereine gemacht wird. In den vergangenen zwölf Monaten fanden unzählige Haus- und Vereinsdurchsuchungen mit anschließenden Festnahmen und Beschlagnahmungen der Organisationen YEK-KOM, anatolische Föderation und ATIF statt. Viele unserer Leute saßen oder sitzen noch immer in Gefängnissen! Acht Mitglieder der Anatolischen Föderation z. B. sitzen momentan im Gefängnis und werden mit den Paragraphen 129b angeklagt. Die Schauprozesse, durch die sie dann bis zu zwölf Jahren Haft verurteilt werden sollen, finden in Stuttgart- Stammheim statt. Noch dazu kommt, dass einer der Inhaftierten herzkrank ist und dringend in ärztliche Behandlung und dafür entlassen werden müsste.

Doch auch damit nicht genug, gestern vor einem Jahr wurden 13 Objekte der Migrantenorganisation ATIF durchsucht und zehn Personen festgenommen. Auch sie wurden mit den Paragraphen 129b angeklagt, ihnen wurde vorgeworfen, Mitglieder einer türkischen kommunistischen Partei zu sein.

Flüchtlinge, die in Frankreich und England Asyl erhalten, werden in Deutschland festgenommen. Daraufhin droht ihnen die Abschiebung in die Türkei. Sie sind permanenter psychischer Folter ausgesetzt. Was passiert, wenn

sie in die Türkei abgeschoben werden? Dort ins Gefängnis kommen? Sie werden gefoltert, verhört, ihr Leben wird wieder bedroht sein! In den vergangenen sechs Monaten ist dies bei drei Migranten vorgefallen. Dank der Solidarität der linken Organisationen sind alle drei heute wieder auf freiem Fuß. Doch diese Solidarität und unser Recht uns gegen Ungerechtigkeiten und Repressionen zu wehren, will uns die Regierung nehmen!

Einerseits nehmen die Repressionen vonseiten des Staates zu und andererseits breitet sich der Neofaschismus immer weiter aus. Wir sind immer mehr mit Ausländerfeindlichkeit konfrontiert. Als ob das nicht genug wäre, soll uns auch noch unsere Stimme genommen werden! Wir sollen schweigend zusehen, was die Neonazis mit unseren Menschen machen! Wir sollen schweigend zusehen, dass Neonazis immer mehr an Zufluss gewinnen! Wir sollen schweigend zusehen, dass die NPD bei Wahlen immer mehr Stimmen erhält! Bei Antinazidemos stehen wir einem großen Polizeiaufgebot gegenüber, werden durchgeknüppelt und mit diesem neuen Versammlungsgesetz will uns die Regierung auch noch verbieten, uns gegen diese Faschisten zu wehren. Noch dazu kommt, dass die Polizisten diese Faschisten in ihren Schutz nehmen und dies mit unseren Steuergeldern finanzieren! Im Grundgesetz ist das Rechts- und Sozialstaatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland fest verankert. Doch wo bleibt der Rechtsstaat, wenn uns unsere Rechte genommen, besser noch uns Verbote aufgedrückt werden?

Auch das Recht auf freie Meinungsäußerung ist im Grundgesetz festgeschrieben. Doch was bringt uns dieses Recht, wenn wir nicht einmal auf die Straße gehen und unsere Meinung kundtun können?

Ob Migrantin oder Migrant, ob Deutsche oder Deutscher, uns muss eins bewusst sein: Diese Repressionen und der Abbau unserer demokratischen Rechte dienen nur der Einschüchterung der fortschrittlichen Organisationen und Menschen! Die Regierung will uns das Recht auf politische Betätigung nehmen und die Politikverdrossenheit unter der Bevölkerung verstärken! Das dürfen wir nicht zulassen!

Wir als Migrantinnen und Migranten fordern ein Ende der Repressionen gegen alle die hier lebenden Menschen! Wir leben und arbeiten nun seit mehr als 50 Jahren in diesem Land. Wir fordern für uns dieselben Rechte wie für deutsche Bürgerinnen und Bürger, nur so kann Demokratie gewährt werden! Und nur so können wir- Deutsche und Migranten- gemeinsam für unsere Rechte, gegen Sozialabbau und Repressionen kämpfen!

Für die Abschaffung des veränderten Versammlungsgesetzes!

Gegen die Terrorparagrafen 129, a und b!

Gegen Repressionen und den Überwachungsstaat!

Hoch die internationale Solidarität!